

Vossische



1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

15 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntags: Die illustrierte „Zeitschrift“, und „Literarisches und Unmühsam“. — Mittwoch: „Fürsiao und Wandlung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1,- Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. — Sonntags: 30 Pfennig. — Fernabonnenten: 3,- Mark. — Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur: Anton A. Handelexler, Carl Meck, Berlin, Ullstein. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Foto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstr. 22-26

Fernsprech: Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 3068-3069, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3068-3069. Telegramm: Ullstein, Berlin. Postfachkonten Berlin 68.

Heute Reichstagsdebatte

Europäische Kriegsgefahr

Von N. R. Goudbouwer-Rafertig

1926-1914.

Abstimmung erst morgen

Auf der heutigen Tagesordnung der Reichstagsitzung, die am 2 Uhr beginnt, steht die sozialdemokratische Interpellation über die Flaggenerordnung. Es ist vorgesehen, daß zunächst Abg. Dr. Reichleid namens der sozialdemokratischen Fraktion die Interpellation begründet. Er ist wünschenswert, daß unmittelbar darauf Reichstagsabg. Dr. Zuber, der Sozialdemokrat, zum Wort nehmen wird. Von einem Mitglied der Reichstagsleren vor der Interpellation gehört ist nicht mehr die Rede. Das Reichskabinett hat sich gefaßt dahin ausgesprochen, daß nur eine parlamentarische Kommission des Reichstages, aber nicht der alleinige Willkür des Reichstages in Frage kommen könne. Es wird angenommen, daß die Aussprache über die sozialdemokratische Interpellation noch am Mittwoch wird fortgesetzt werden müssen, so daß die Abstimmung über den von den Sozialdemokraten eingebrachten Mißtrauensantrag erst am Mittwoch abend erfolgen wird. Wie in dieser Abstimmung die einzelnen Parteien votieren werden, wird ermöglicht erst feststehen, wenn die Verhandlungen, die ausgereit noch länger, abgeschlossen sein werden.

Während gestern das Plenum des Reichstages eine Reihe von Vorlagen erörterte, darunter auch die über das Gemeindefürsorgengesetz — nur die Abstimmung wird erst heute vorgenommen — ist die Reichstagsdebatte in der Reichstagsdebatte die Führer der Reichstagsfraktionen und der Sozialdemokraten, um sie offiziell von der Initiative des Reichspräsidenten zur Beilegung des Flaggengerechts zu unterrichten. Daran schloß sich eine Erörterung der parlamentarischen Situation.

Zu gleicher Zeit togten im Ballhofsaale die Parteiführer der Demokraten und der Reichstagsfraktion des Zentrums. Die Zentrumserklärung endete mit folgendem Befehl:

„Die Parteipartei des Zentrums beschließt in Uebereinstimmung mit dem Befehl der Reichstagsfraktion den Antrag der Flaggenerordnung. Er billigt die Haltung der Reichstagsfraktion und erwartet mit Vertrauen ihre weiteren Entschlüsse.“

Der Parteivorstand der Demokraten, dessen Aussprache längere Zeit dauerte, faßte folgende Beschlüsse:

„Der Parteivorstand billigt die entscheidende Haltung der Reichstagsfraktion. Er fordert sie auf, dabei zu verharren.“
Wie sich aus dem Wortlaut der beiden Entschlüsse ergibt, ist die endgültige Stellungnahme zu dem Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten den beiden Reichstagsfraktionen überlassen. In beiden Entschlüssen kommt die Unzufriedenheit mit der Flaggenerordnung und ihre Billigung zum Ausdruck. An der Entscheidung zu dieser politischen Aktion der Regierung hat sich weder bei den Demokraten noch beim Zentrum geändert. Die Frage ist nur, welche Folgerungen die beiden Fraktionen daraus bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag ziehen werden, und ob besteht zwischen einem Unterschied. Während das Zentrum glaubt, sich mit dem Schreiben des Reichspräsidenten an den Kanzler zufrieden geben zu können, und mit Rücksicht auf die, wenn auch für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht gestellte Kompromißlösung in der Flaggengfrage von einem härteren Vorgehen gegen den Reichskanzler Dr. Zuber wegen der Flaggenerordnung absehen zu können, ist die Haltung der Demokraten wesentlich entschiedener, und die Auffassung überwiegt, daß die demokratische Fraktion für das sozialdemokratische Mißtrauensvotum stimmen müsse.

Daß die Fraktion noch keinen endgültigen Beschluß in dieser Richtung gefaßt hat, ist darauf zurückzuführen, daß noch Erörterungen über einen Vorschlag (sprechen, der auch bei den Demokraten einen Einstimmungsumschwung herbeiführen könnte. Es handelt sich um folgende Anregung: Da der Reichspräsident in seinem Schreiben an den Kanzler die Initiative zu einer auf versöhnungsmäßiger Wege zu erreichender Kompromißlösung im Flaggengrecht ergriffen hat, sei die „Zweite Flaggenerordnung“ im Grunde überflüssig geworden, sie greife nur einem etwaigen Kompromiß voraus, erforschere die Verhandlungen darüber, trotz sie zu erleichtern. Es würde sich daher empfehlen, die „Zweite Flaggenerordnung“, wenn sie auch vom Reichspräsidenten unterschrieben ist, nicht zu veröffentlichen, sondern, bis die Entscheidung über eine Einheitsflagge erreicht worden ist, schon um des Eintrages auf dem Staatswege willen würde es sich

nicht empfehlen, eine Unterinstanzung auf dem Verordnungswege herbeizuführen, denn es würde dem Ansehen Deutschlands nicht gerade nützen, wenn erst einige Monate lang neben den (später zu gebührender Berücksichtigung des unangenehmsten Sonderflaggen mit der Fahne gesetzt würde, und dann wieder eine ganz neue Fahne von den ausländischen Missionen gefaßt würde. Wenn schon eine Einheitsflagge geschaffen werden soll, dann soll sie unmittelbare Nachfolgerin der gegenwärtigen Reichsflagge sein.

Ein Ausweg?

In diesem Gedanken einer Auswegnahme der „Zweiten Flaggenerordnung“, d. h. Verhinderung ihres Inkrafttretens bis zur Erreichung einer Kompromißlösung, hat das Reichstagsabg. bisher noch nicht Stellung genommen. Es ist möglich, daß heute in einer Kabinettsberatung ein Beschluß erfolgt, der selbstverständlich noch der Zustimmung des Reichspräsidenten bedürftig ist. Wenn das Kabinett dem Vorschlage eines einstweiligen Verzichts auf die Durchführung der Flaggenerordnung zustimmen sollte, würde es dem demokratischen Reichstagsabg. ein Beschluß gemäß werden, auf dem Votum für den Mißtrauensantrag zu verzichten. Im andern Falle wird damit zu rechnen, daß die demokratische Fraktion dem Mißtrauensvotum zustimmt.

Der Mißtrauensantrag wird allerdings ohne die Stimmen des Zentrums keine Mehrheit erlangen können. Die Entschlüsse, daß eine der Koalitionsparteien aber gegen die Regierung stimmt und ihr das Vertrauen entgegen hat, wird nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung des Kabinetts sein können. Die Deutsche Volkspartei scheint das allerdings auf die leichte Achsel zu nehmen und läßt bereits verbreiten, daß sie in diesem Falle das Ausweichen der demokratischen Minister für selbstverständlich halte und sie erklärt ihre Bereitschaft zu einer Reichsregierung auf der schmälern Basis einer Koalition, die nur aus der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei sich zusammensetzt. Ähnliche auf eine etwas spätere Verbreitung dieser Koalition nach rechts schließen bei einem Teil der Deutschen Volkspartei sicherlich eine Rolle.

Trotzdem die Erklärung Dr. Zubers sich schwer erfüllt hat. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß selbst im Falle einer Ablehnung des sozialdemokratischen Mißtrauensvotums in der Flaggengfrage das verfassungsmäßige Gesetz über die Aufwertung des Hindernis bilden wird, über welches das Kabinett Zuber stolpern muß, weil die Sozialdemokraten, die sich in eine entscheidende Oppositionstellung begeben haben, gegen das Gesetz stimmen und die Zweidrittelmehrheit verlieren werden. Ueber diese Schwärze der Position Dr. Zubers besteht auch in der Deutschen Reichspartei eine einheitliche Auffassung, aber nicht die geringste Reueigung, Dr. Zuber zu Hilfe zu kommen.

Der Beschluß der Sozialdemokraten

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages gab am 3/10 Uhr abends ihren Beschluß zur Flaggengfrage dahin bekannt: „Für den Fall, daß es infolge der sozialdemokratischen Interpellation über die Flaggengfrage zu einer Regierungskrise kommt, ermächtigt die sozialdemokratische Fraktion ihre Unterhändler genehmigt zu Verhandlungen über die Einbringung der Regierung.“

Was man in Frankreich dazu sagt

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 10. Mai

Das Interesse, das die französische Presse dem deutschen Flaggengrecht entgegenbringt, wird immer allgemeiner. Die Radikalispartei veröffentlicht längere Auszüge aus dem Schreiben Hindenburgs an Zuber und ziemlich ausführliche Meldungen über die Vorgänge der Flaggengfrage. Die Einstellung der Pariser Presse zur Flaggengfrage hat sich dagegen nicht geändert. Der „Lemps“ macht sich darüber lustig, daß man jetzt mit heraldischen Kränzen ein Kompromiß suchen will.

Die nationalistische „Liberte“ schreibt, Hindenburg, Zuber und Stresemann arbeiteten Schritt für Schritt daran, Deutschland zur Monarchie zurückzuführen, so wie eine Wäters in Frankreich aus der Forderung der Republik hervorgeht. Der Flaggengrecht sei nur eine Stange zur Restauration der Hohenzollern.

Europa steht an der Schwelle eines neuen Krieges. Heute, 1926, ist die europäische Kriegsgefahr größer als vor zwölf Jahren. Die Nationen taumeln in europäischer Politik den Krieg an — aber alle sind unvorbereitet, so muß auch heute kein ein europäischer Politiker die Wiederkehr des Krieges, aber fast alles, was in Europa geschieht, bildet, historisch betrachtet, das Vorbild zu einem neuen Weltkrieg, der jeden Augenblick ausbrechen kann.

Diese Tatsache wird aus mannigfachen Gründen offiziell und offiziös verleugnet. Weist wohl der Mut, den Tatsachen ins Auge zu sehen und die Gefahr, in der wir alle schweben, klar zu erkennen und auszuwirken. Benjamin Macdonald hat Luciano treffend ein Genusium der Politik genannt: Man hofft durch förmliche Wiederholung der Phrasen, die Friede ist gesichert, den Frieden selbst zu erhalten. Letzten Endes läuft diese Methode auf eine gefälschte Selbsttäuschung und auf eine verwertheliche Täuschung der anern hinaus. Einmal hat Europa an dieser Zustandung erstanden und sich vor der Alternative nicht, entweder von neuem in den Krieg zu ziehen oder durch eine allgemeine Revolution die Kriegsgefahr zu bannen und das heutige europäische System zu zerstückeln.

Es würde lächerlich, diese drohenden Krieg für unermesslich zu halten. Er ist zu vermeiden mit einem Minimum an Einsicht, gutem Willen und Initiative. Erfolgreich ist nur, ob das offizielle Europa dieses Minimum aufbringen. Ob der Krieg ausbricht oder nicht, hängt, beim heutigen Stand der Dinge, nur zufällig ab. Sicher ist, wenn der Krieg nach der Friede-Erklärung nur die Kriegsgefahr, so lange Europa an seinem jetzigem Kurs festhält.

Ein Duzend Elfaß-Lothringen.

Durch Wozens geht das weltliche Elfaß-Lothringen eine dauernde Lösung gefunden zu haben. Dafür sind in Duzens hundertens ein Duzend neuer Elfaß-Lothringen entstanden.

Dieses Wozens Elfaß-Lothringen befindet sich auf dem schmalen Gebiet zwischen Deutschland und Italien einerseits, Rußlands andererseits; in dieser dufantischen Zone Europas haben seit 1871 alle europäischen Kriege ihren Ausgang genommen:

- 1. der russisch-türkische Krieg 1877,
- 2. der deutsch-bulgarische Krieg 1887,
- 3. der deutsch-türkische Krieg 1890,
- 4. der Balkan-Krieg 1912,
- 5. der Weltkrieg 1914,
- 6. der russisch-polnische Krieg 1920.

Diese neuen Elfaß-Lothringen sind:

- 1. Memelfrage,
- 2. Winafrage,
- 3. Danziger und Korridorfrage,
- 4. Oberösterreichische Frage,
- 5. deutsch-böhmische Frage,
- 7. Ungarische Grenzfrage,
- 8. Südtiroler Frage,
- 9. Polen-jugoslawische Frage,
- 10. Albanische Frage,
- 11. Aegaeische Frage,
- 12. Wallarische Frage.

Dazu kommt als besonderes Problem die österreichische Anfuhrfrage.

Diese Fragen sind nicht alle gleichwertig: einige bilden eine unmittelbare Kriegsgefahr, andere nur eine Quelle von Gebieten berührt das Gebiet der Unfriedezeit und die Ueberzeugung, daß sich hier entweder das System ändern muß oder die Grenzen.

Vertragssystem.

Zu diesem nationalen Chaos in diesem Gebiet ist ein politisches Chaos hinzugekommen.
Der ursprüngliche große Gebirge Österreichs und Belgiens, aus dem Ländergebiet zwischen Finnland und Schweden, einen Staatenbund zu organisieren, ist gescheitert. An seine Stelle trat die Kleine Entente und eine Reihe von Sonderverträgen, die als Freundschafts-, Neutralitäts-, Garantie- und Bündnisverträge bezeichnet werden und ein Netz von gegenseitigen Verpflichtungen über Europa gezogen haben. Zu diesen Verträgen gehören die Abmachungen zwischen den Alliierten der Kleinen Entente und Polen, Desterreich, Italien und Frankreich, die baltischen und die Balkan-